Nothilfe für Asylsuchende : ein krasser Fehlentscheid

Autor(en): **Schenker, Silvia**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **109 (2012)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-839827

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Nothilfe für Asylsuchende: Ein krasser Fehlentscheid

Politik im Blindflug: Der Nationalrat hat in der Sommersession beschlossen, Flüchtlingen nur noch Nothilfe statt Sozialhilfe zu gewähren. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie eine überstürzte Politik – von den Medien und der vermeintlichen Volksmeinung getrieben – an den Realitäten vorbei agiert. Trotz heftiger Gegenwehr hat der Nationalrat den Antrag gutgeheissen. Das erklärte Ziel ist, die Schweiz als Asylland weniger attraktiv zu machen. Nun muss alles daran gesetzt werden, den Entscheid im Ständerat zu korrigieren.

Damit dies gelingt, müssen die Fakten auf den Tisch. Denn – so behaupte ich – im Nationalrat war dies nicht der Fall. Einerseits herrscht Unkenntnis über die Sozialhilfeansätze für Asylsuchende. Wenn vereinfacht von Sozialhilfe für Asylsuchende gesprochen und geschrieben wurde, wusste vermutlich nur ein Teil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, dass diese Ansätze tiefer sind als diejenigen für die übrigen Sozialhilfebeziehenden. Die Diskussion im Rat und in den Medien wurde fast ausschliesslich darüber geführt, ob ein Betrag von acht bis zwölf Franken pro Tag reicht, um überleben zu können. Wofür dieser Betrag genau reichen muss, wird sehr unterschiedlich interpretiert. Deshalb muss für die weitere Debatte aufgezeigt werden, wie die – kantonal unterschiedlichen – Realitäten für Nothilfebeziehende sind.

Wenige wussten im Moment der Debatte, dass die Kantone und Gemeinden für Bezügerinnen von Nothilfe deutlich weniger Geld vom Bund erhalten, als dies heute bei der Sozialhilfe für Asylsuchende der Fall ist. Sollte sich der Entscheid des Nationalrats definitiv durchsetzen, so würde dies zu einer massiven Kostenverschiebung vom Bund zu den Kantonen und Gemeinden führen. Ob das die Absicht der Antragstellenden war, ist zu bezweifeln. Ausschlaggebend ist nun, dass der Ständerat in Kenntnis der effektiven Tatsachen und Fakten entscheidet. Es ist zu hoffen, dass dort die Fakten mehr Überzeugungskraft haben.

Es erstaunt, dass im Parlament Entscheide getroffen werden, die nicht auf Fakten beruhen oder die Realität ausblenden. Gezielt wurde vor der Asyldebatte über die Medien und in der Öffentlichkeit eine Misere im Asylwesen herbeigeredet und -geschrieben. Dass – verglichen mit der Zahl der Menschen, die weltweit auf der Flucht vor Gewalt, Krieg und Naturkatastrophen sind – nur ein verschwindend kleiner Teil den Weg in die Schweiz findet, wird zu oft vergessen. Es ist Aufgabe von uns allen, die Dinge wieder ins rechte Licht zu rücken. Flüchtlinge sollen hier in Würde leben und auf ihren Entscheid warten dürfen.

Silvia Schenker
Nationalrätin SP

Cartoon: Max Spring